



## **Anfragen zum Plenum zur Plenarsitzung am 11.03.2025 – Auszug aus Drucksache 19/5814 –**

### **Frage Nummer 46 mit der dazu eingegangenen Antwort der Staatsregierung**

Abgeordnete  
**Laura  
Weber**  
(BÜNDNIS  
90/DIE GRÜ-  
NEN)

Ich frage die Staatsregierung, welche Kenntnisse sie zu den illegalen Mülldeponien in Tschechien und der Beteiligung eines bayerischen Unternehmens hat, wie das weitere Vorgehen auf bayerischer Seite zum formalen Rückholersuchen der tschechischen Regierung ist und wofür die 2,1 Mio. Euro staatliche Beihilfe aus einem Förderprogramm des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie, die die betroffene Firma im Jahr 2023 erhalten hat, verwendet wurden?

### **Antwort des Staatsministeriums für Umwelt und Verbraucherschutz**

Es handelt sich um laufende Verfahren, in denen auch die Staatsanwaltschaft ermittelt. Die mutmaßlich illegale Verbringung nach Jiříkov in Tschechien (CZ) betrifft im ersten Fall fünf LKW. Die Regierung der Oberpfalz (ROPf, zuständige Abfallverbringungsbehörde in diesem Fall) hatte sehr zeitnah, in enger Abstimmung mit den Kolleginnen und Kollegen des CZ Umweltministeriums das Verfahren zur Rückführung der offiziell beanstandeten Abfallanlieferungen veranlasst. Die fünf LKW mit Abfällen, die nicht in Jiříkov abgeladen wurden, sind zurück bei der oberpfälzer Entsorgungsfirma, von der die Verbringung nach Tschechien ausging.

Neben diesem Fall liegt der ROPf seit 05.02.2025 für weitere in CZ lagernde Abfälle ebenfalls ein formales Rückholersuchen des CZ Umweltministeriums vor. Neben in Jiříkov bereits abgeladenen Abfällen unbekannter Herkunft bezieht sich dieses Rückholersuchen auch auf nahe Brno/Brünn lagernde Abfälle. Insgesamt betrifft das weitere Rückholersuchen mehrere hundert Tonnen Abfälle. Die CZ Behörden ordnen diese Abfälle gleichfalls grenzüberschreitenden Transporten zu, die durch die oberpfälzer Entsorgungsfirma veranlasst worden seien. Die ROPf hat diese Firma dahingehend angehört und in diesem Rahmen zur Rückführung auch dieser Abfälle aufgefordert, welche sich noch in der weiteren Abwicklung befindet.

Nach Auskunft des Staatsministeriums für Wirtschaft, Landesentwicklung und Energie wurde die oberpfälzer Entsorgungsfirma im Jahr 2023 mit Fördermitteln in Höhe von 2,1 Mio. Euro aus Mitteln der Bayerischen Regionalförderung (BRF) unterstützt. In der BRF können gewerbliche Investitionen gefördert werden. Bei der oberpfälzer Entsorgungsfirma wurde die Neuerrichtung einer Betriebsstätte, einschließlich der fest verbauten Anlage zur Verwertung von Batterien gefördert.